

Parlamentarischer Vorstoss

2023/75

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Kanton Waadt als Beispiel auch für unser Assessmentcenter?
Urheber/in:	Miriam Locher
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	26. Januar 2023
Dringlichkeit:	—

Das Ziel der Sozialhilfe soll die Sicherung der Existenz bedürftiger Personen sein. Gleichzeitig ist ihre Aufgabe auch die Förderung der wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit und die Gewährleistung der sozialen und beruflichen Integration. Dafür gibt es durch Artikel 12 der Bundesverfassung auch ein Recht auf Hilfe in Notlagen. Nichts desto trotz ist der Gang in die Sozialhilfe für die meisten Menschen ganz eng mit einer Stigmatisierung aufgrund von Armut verbunden.

Ziel der Sozialhilfe soll es also grundsätzlich sein, den Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen und ihnen die nötige Hilfestellung zu geben, damit sie, wenn möglich, wieder im Arbeitsmarkt Fuss fassen können. Dabei gibt es immer wieder auch Menschen, die keine abgeschlossene Berufsbildung mitbringen. Auch ist es immer wieder der Fall, dass der erworbene Abschluss, gerade aus Ländern ausserhalb der EU, hier nichts gilt und diese Menschen sich dann in unqualifizierten Jobs zu verdingen haben. Ein «Nachstudium» - aufgrund der Unterschiede? Oder allein schon das Organisieren einer Übersetzung (gerade gestern am Beispiel einer Pädagogin aus der Ukraine erlebt, deren Papiere nur in kyrillisch vorliegen) und dann der allfälligen Anerkennung verunmöglichen die erlangte Kompetenz – auch bei Vorhandensein von Deutschkenntnissen ab mindestens B2 – hier bei der Jobsuche nutzbringend einzusetzen. Das ist ein Teufelskreis. Es gibt auch Menschen mit abgeschlossenem Studium, die hier an den geforderten Sprachkenntnissen scheitern oder am Umstand, dass sie in ihrem Land das bei uns praktizierte duale System nicht kennen und keinen Berufsabschluss nachweisen können. Somit besteht da Handlungsbedarf, Stichwort Fachkräftemangel. Denn eine abgeschlossene und anerkannte Berufsbildung ist eine nahezu unabdingbare Voraussetzung für die Integration im Arbeitsmarkt.

Im Kanton Waadt werden seit Jahren erfolgreich die Projekte Forjad und Formad durchgeführt. Diese haben eine aktive Wiedereingliederungspolitik zum Ziel. Forjad richtet sich an Menschen zwischen 18 und 25, Formad an Menschen ab 25 ohne abgeschlossene Erstausbildung und ohne Erwerbstätigkeit.

Im Kanton Baselland gibt es nach der Abstimmung über die Revision des Sozialhilfegesetzes das kantonale Assessmentcenter. Im Kanton Waadt gibt es ein regionales Sozialzentrum. Dieses führt eine Dossierprüfung der Antragsstellenden für eine Teilnahme an Forjad oder Formad durch. Nach

der Prüfung werden die Teilnehmenden an eine Massnahme zur Vorbereitung auf die Ausbildung verwiesen, bevor sie dann ihre Berufsausbildung beginnen und während der gesamten Dauer dieser Ausbildung in individuelles Coaching erhalten. Im Prozess wird ausserdem Unterstützung bei der Einreichung eines Stipendienantrages geboten und nach Abschluss der Ausbildung bekommen die Teilnehmenden Unterstützung bei der Arbeitsvermittlung, um eine erste Stelle zu finden. Vorgehend werde die über den ganzen Kanton verteilten Massnahmen zur sozialen Eingliederung angeboten. Alle haben zum Ziel, einen Übergang zu schaffen, damit die Teilnehmenden ohne Berufsausbildung nach Formad oder Forjad eine Ausbildung meistern können. Bemerkenswert: Mehr als 70% der Teilnehmenden, die eine Übergangsmassnahme abgeschlossen haben, schaffen es, einen Ausbildungsplatz zu erhalten.

Schlussfolgernd folgende Fragen an den Regierungsrat:

1. Wie viele Menschen in der Sozialhilfe konnten im Kanton Baselland eine Ausbildung abschliessen? (Bitte aufgeschlüsselt nach Jahren ab 2018)
2. Inwiefern hat der Regierungsrat Kenntnis der Projekte Forjad und Formad?
3. Gibt es vergleichbare Projekte die als «Best Practice» für das Assessmentcenter BL genutzt werden können?
4. Wie erachtet der Regierungsrat den Nutzen eines solchen Projektes für Baselland?
5. Liesse sich ein vergleichbares Projekt im Assessmentcenter unterbringen?
6. Auf das Jahr 2023 hin wurden seitens KSA die Unterstützungsbeiträge für Integrationsmassnahmen gekürzt. Welche Gründe führten zu dieser Massnahme?